

Gegen einen Austritt aus dem Bundesrat : für eine neue Politik

Autor(en): **Aubert, Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 3

PDF erstellt am: **04.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340109>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

was gelockert werden könnte, als — ähnlich wie es in einigen Kantonen schon seit Jahrzehnten besteht und sich bewährt hat — das Institut der Verwahrung eingeführt werden könnte. Die Möglichkeit der Verwahrung würde es einem Mitglied der Regierung erlauben, sich von einem Beschluss zu distanzieren, wenn es diesen mit seinem Gewissen nicht in Einklang bringen kann.

7. Abschliessend möchte ich unterstreichen, dass ich einen

überstürzten und vorwiegend aus Verärgerung gefassten Beschluss über den Austritt aus dem Bundesrat als grossen historischen Fehler betrachten würde. Ich selber gehöre zwar nicht zu denen, die aus der Partei austreten oder ihre Aktivitäten einstellen würden, wenn der Parteitag anders beschliessen würde. Ich gehöre auch nicht zu denen, die nun unseren Parteipräsidenten verteufeln und in die Wüste schicken wollen. Ich gehöre aber ebensowenig zu de-

nen, die unsere Bundesräte verteufeln und in die Wüste schicken wollen. *Für mich gibt es zwar eine Würde der Partei — und die ist verletzt worden. Für mich gibt es aber auch die Würde des einzelnen Parteimitgliedes, die Würde eines Menschen. Und die wiegt höher.*

Aus diesen Gründen bitte ich euch, die Nerven auch in einer schwierigen Situation nicht zu verlieren und für einen einstweiligen Verbleib im Bundesrat zu stimmen.

Gegen einen Austritt aus dem Bundesrat

Für eine neue Politik

Von Pierre Aubert, Bundesrat, Bern

Die Ereignisse vom 7. Dezember haben unsere Partei, aber auch das politische Leben in unserem Land tief gezeichnet. Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen hat Leidenschaften geweckt. Sie haben Lilian eine Ovation dargebracht: Sie hat es verdient. Diese Nichtwahl hat uns vor allem daran erinnert, dass wir in der Schweiz eine Minderheit sind, dass wir in den eidgenössischen Räten eine Minderheit sind. Eine Minderheit zu sein schliesst mit ein, dass wir manchmal, ja sogar oft zu den Verlierern gehören. Dies geschah in derart brutaler Weise am 7. Dezember, dass ich bestens verstehe, dass viele es nicht verwinden können.

Aber wir werden in diesem Lande weiter leben müssen. Wir müssen fortfahren zu kämpfen, überall, wo die Entscheidungen gefällt werden. Insbesondere müssen wir im Parlament weiterarbeiten, wo wir — leider — in der Minderheit bleiben werden.

Die Frage, die ich mir stelle, die Frage, die wir uns alle stellen müssen, lautet wie folgt: Unser

Kampf für den Sozialismus, für mehr Gerechtigkeit in der Schweiz und in der Welt, unser Kampf zu Gunsten der Arbeiterklasse: wäre er durchschlagender, wäre er besser geführt, wenn wir uns heute entscheiden, den Bundesrat zu verlassen?

Ich glaube es nicht, und nichts, was in den letzten Wochen gesagt und geschrieben worden ist, beweist, dass wir besser arbeiteten, durchschlagender, wenn wir nicht im Bundesrat wären.

Dem Bundesrat anzugehören bedeutet oft, Verlierer zu sein. Das ist wahr.

Sehr oft bedeutet es aber auch, seine Kollegen erfolgreich überzeugen zu können; mitzuhelfen, einen Kompromiss zu finden, der das Wesentliche unserer Ideen bewahrt.

Im Bundesrat zu sein heisst auch, ein Departement zu führen, dort eine Politik zu machen, die sicherlich ein Kompromiss bleibt, die aber stark von unseren politischen Optionen beeinflusst ist (Entwicklungszusammenarbeit, Men-

schenrechte, grössere Öffnung unseres Landes der Welt gegenüber usw.).

Ich bin, was mich betrifft, überzeugt, dass wir im Bundesrat weiterhin eine nützliche Rolle spielen können; nützlich für unser Land; nützlich für unsere Partei und für alle jene, die in unserem Land die Kräfte der Veränderung, die Kräfte des Fortschritts darstellen, nützlich für alle jene, die sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Wenn ich nicht mehr dieser Überzeugung wäre, würde ich ohne Zögern den Bundesrat verlassen.

Aus dem Bundesrat auszutreten hiesse sicherlich, der öffentlichen Meinung, den Mitgliedern unserer Partei, vielen unserer Sympathisanten zu zeigen, dass wir nicht in der Reaktionslosigkeit verharren!

Aber was machen wir nach dem Austritt aus dem Bundesrat?

Eine spektakuläre Geste zu machen heisst nicht, die Politik unseres Landes grundlegend ändern, es bedeutet nicht, die Frauen und die Männer, die in unserer Partei mitstreiten, die



Pierre Aubert mit Lucien Erard: letzter Schliff für die Rede.

die Politik unseres Landes gestalten, tiefgreifend zu ändern. Sehr schnell wird das Ereignis vergessen sein. In einigen Monaten, wenn man über die Mittel, unsere Politik besser zu verteidigen, die Macht besser auszuüben, nachzudenken beginnen wird, werden wir uns fragen, wie wir den Bundesrat haben verlassen können, einen der Orte, wo in unserem Lande wichtige Entscheidungen gefällt

werden, die uns alle betreffen. Dies bedeutet aber durchaus nicht, dass nichts geändert werden sollte. Ich meine, wie auch immer die Entscheidung über unsere Beteiligung am Bundesrat ausfällt, dass wir die Grundlagen einer neuen Politik definieren müssen, einer Politik, die notwendigerweise zum Teil Oppositionspolitik sein wird, weil wir in Bern eine Minderheit sind, sei es im Bundesrat, sei es im Parlament.

Aber es muss auch eine dynamische Politik sein, eine Politik der Veränderungen, eine Politik der Neuerungen. Diese neue Politik setzt einen andern Geist voraus, eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Partei und zwischen ihren Gewählten. Sie beinhaltet einen Willen, anders zu arbeiten.

Wichtige Stichdaten warten auf uns in den nächsten Jahren. Der Bundesrat wird Vorschläge machen müssen. Diese werden einen grossen Einfluss auf die zu fällenden Entscheidungen ausüben. Ich denke z.B. an die 10. AHV-Revision, an die Probleme, die die Erhöhung der Gesundheitskosten stellt, an die wissenschaftliche Forschung,

an den Umweltschutz, an den Platz der Schweiz in einer Welt, wo schwere Spannungen herrschen. Die Lösungen werden nicht die gleichen sein, je nachdem, ob die Sozialisten im Bundesrat sitzen oder ihn verlassen haben.

Weder die Volksinitiativen noch die Interventionen im Parlament können die Möglichkeiten ersetzen, die eine Präsenz im Bundesrat bietet, wenn es darum geht, neue Ideen durchzusetzen, Projekte zu formulieren, den Rahmen einer neuen Politik abzustecken.

Dies ist es, kurz zusammengefasst, was wir zu verlieren haben. Wir müssen es mit dem Vergnügen in die Waagschale werfen, das wir hätten, wenn wir die Türe zum Bundesrat zuknallten.

Der Preis ist sehr hoch. Wir würden sehr lange, dessen bin ich sicher, eine übereilte Entscheidung bedauern. Aber das Wichtigste in meinen Augen ist, dass wir nach diesem Kongress vereint bleiben, um stark zu sein, und zu dieser Einheit rufe ich euch feierlich auf im alleinigen Interesse der Sache, die wir verteidigen.

Gegen den Austritt aus dem Bundesrat

Verlässliche Partner bleiben

Von Otto Stich, Bundesrat, Bern

Liebe Genossinnen
und Genossen,
verehrte Gäste,
werte Anwesende!

Ich bin mit euch der Auffassung, dass wir die Frage der Regierungsbeteiligung miteinander regeln müssen. Seit Anfang der 70er Jahre haben wir darüber alle paar Jahre gestritten. Wir haben Unfrieden in den eigenen Reihen gestiftet. Unsere

Wähler sind verunsichert. Dem sollten wir ein schickliches Ende bereiten.

Eurem Entscheid will ich nicht vorgreifen. Meine Meinung darüber ist bekannt.

Aber bevor wir gemeinsam entscheiden, sollten wir uns einige Gedanken über die Schweiz von morgen machen. Voraussagen sind stets schwierig. Und sie sind risikobeladen. Von Zeit zu Zeit müssen wir aber trotzdem

einen Blick in die Zukunft tun. In meinen ersten Gesprächen mit den Leitern des Personalamtes im Bund habe ich auf die Arbeitslosigkeit hingewiesen. Wenn wir diese Geissel der kapitalistischen Wirtschaft dauerhaft bekämpfen wollen, müssen wir die Arbeitszeit verkürzen. Sonst verliert auf die Dauer der demokratische Staat seine Glaubwürdigkeit. In unseren Überlegungen für die Jahrtau-